

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 403 06. Feb. 2008

14. Jahrgang

"Es geht nicht so sehr um die *grossen Fische*"

Anfang Januar nahm in Guatemala die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit CICIG ihre Arbeit auf. Leiter der Kommission ist der Spanier Carlos Castresana, der damals in Spanien den Fall des chilenischen Generals Pinochet vorangetrieben hat. Von seinen GegnerInnen wird ihm deshalb eine ideologische Färbung vorgeworfen, ebenso wird kritisiert, dass er ein Land vertrete, das in Sachen Aufarbeitung seiner eigenen Kriegsvergangenheit auch noch einiges zu leisten habe. Castresana nimmt solche Vorwürfe gelassen hin, er sei als Profi angestellt und nicht als Vertreter seines Landes. Wir veröffentlichen ein Interview mit ihm, das in der Oktoberausgabe 2007 der guatemalteckischen Zeitschrift *Este País* erschienen ist (www.este-pais.com).

Frage: Beunruhigt es Sie, dass die Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG) eine sowohl von der guatemalteckischen Regierung wie auch von der UNO autonome Institution ist?

Carlos Castresana: Ich sehe dies positiv, denn es bestärkt die Idee einer unabhängigen Instanz, die nicht einmal dem UNO-Generalsekretär unterstellt ist. Die juristische, physische und materielle Sicherheit der Kommissionsmitglieder ist jedoch vollumfänglich garantiert. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist grenzenlos, und ich denke, sie hängt nicht von politischen Konjunkturen ab, sondern von den Resultaten, die wir erzielen. Wir sind also niemandem ausser der guatemalteckischen Gesellschaft Rechenschaft schuldig.

Frage: Es heisst, Guatemala sei kurz davor, ein „gescheiterter Staat“ zu werden. Im Vertrag, den die CICIG mit der guatemalteckischen Regierung geschlossen hat, heisst es, die illegalen Körperschaften hinderten den Staat an seiner Aufgabe, den BürgerInnen den Schutz ihres Lebens, die physische Integrität und den Zugang zur Justiz zu garantieren. Kann eine CICIG überhaupt mit einem Staat zusammenarbeiten, dessen drei elementarsten Pfeiler einen Bückling machen vor den illegalen Mächten?

C.C.: Ich sehe dies als ein wichtiges Eingeständnis Guatemalas. Natürlich ist es beunruhigend, wenn ein Staat offiziell zugibt, dass er nicht mehr in der Lage ist, die grundlegendsten BürgerInnenrechte zu garantieren. Guatemala erkennt dies an und sagt der internationalen Gemeinde: „Wir können nicht mehr, bitte helft uns“. Dieser Hilferuf ist Ausdruck einer politischen Reife, denn es gibt viele andere Länder, die in einer ähnlichen Situation sind und nicht den Mut haben, dies anzuerkennen, geschweige denn, Hilfe anzufordern. Klar, die GegnerInnen interpretieren einen solchen Hilferuf als „Schwäche“, als „das Handtuch werfen“, aber man muss das anders sehen: Guatemala als Mitglied der UNO hat ein Problem und wendet sich an die Organisation, bei der es Mitglied ist.

Frage: Eigentlich wurde damit nur öffentlich zugegeben,

was wir längst schon alle wissen. Ist es aber überhaupt möglich, dass die CICIG in einem „gescheiterten Staat“ ihr Mandat durchführen kann?

C.C.: Die CICIG muss ja niemanden ersetzen. Es ist undenkbar, dass eine internationale Kommission, die das Land nur oberflächlich kennt, in der Lage wäre, mehr und bessere Resultate zu erzielen als die internen Institutionen. Es gibt einen Unterschied zwischen der heutigen CICIG und der ursprünglichen CICIACS, und der besteht in der Einschränkung, dass die CICIG nur auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit anderen Instanzen arbeitet. Wir bilden aber nicht auf abstrakte bürokratische Weise Leute aus, sondern wir arbeiten an praktischen Beispielen zusammen. Das Ziel ist, mit den GuatemalteckInnen so zusammenzuarbeiten, dass wir ihnen als Erbe die Grundlage hinterlassen können, auf der sie die öffentliche Sicherheit und eine unparteiische Justiz aufbauen können.

Frage: Wenn wir dem Bild folgen, dass Guatemala seine Krankheit eingesteht und die CICIG die Medizin ist, braucht es auch ÄrztInnen, Krankenschwestern, Anästhesisten etc., damit der Patient geheilt werden kann. Wenn aber die Institutionen, mit denen die CICIG zusammenarbeiten muss, infiltriert sind und in vielen Fällen im Dienste der illegalen und mafösen Strukturen stehen, wie soll dies vonstatten gehen?

C.C.: Gemäss unseren Informationen gibt es vor allem bei den Strafuntersuchungen grosse Defizite. Die Mängel bestehen sowohl im materiellen wie im humanen Bereich. Aber ich glaube schon, dass wir es schaffen, diese Institutionen, unabhängig von den zweifellos bestehenden Infiltrationen, zum Funktionieren zu bringen. Es geht darum zu unterscheiden zwischen „suspekten“ MitarbeiterInnen und jenen, die Lust und den Willen zum Arbeiten haben. Es braucht auch eine Allianz mit der Bevölkerung, mit der öffentlichen Meinung. Wenn wir eine solche hinkriegen, können wir Präzedenzfälle und gute Beispiele nicht nur schaffen, sondern auch ein Umdenken

innerhalb der Bevölkerung fördern. Im Moment hat niemand Erwartungen, niemand hat Hoffnung. Apathie, Trägheit und Enttäuschung beherrschen die Menschen, und dies ist natürlich ein wunderbarer Nährboden, auf dem klandestine Gruppierungen wachsen und sich stärken können. Die wenigen FunktionärInnen, die bereit sind, sich einzusetzen, erhalten keinerlei Anerkennung - im Gegenteil, sie wissen, dass sie sich exponieren und kennen das Risiko, das sie damit eingehen.

Frage: Besteht nicht die Gefahr, dass die Einrichtung der CICIG Erwartungen weckt, die von der Kommission nicht erfüllt werden können?

C.C.: Wir müssen vorsichtig sein, um nicht zu hohe Erwartungen zu wecken und klar durchgeben, dass wir zwar alles menschenmögliche tun, dass aber der Haupteffort und die Resultate in den Händen der GuatemaltekinInnen liegt.

Frage: Die Staatsanwaltschaft war bisher nicht in der Lage, Sicherheit zu gewährleisten, nicht einmal für die Opfer von innerfamiliärer Gewalt. Die Polizei und das Gefängniswesen waren ebenfalls unfähig, das Leben der ihnen anvertrauten Personen zu schützen. Wie kann in diesem Kontext der Staat für die Sicherheit der MitarbeiterInnen der CICIG und deren ZeugInnen garantieren?

C.C.: Der guatemalteckische Staat hat die Verpflichtung, den Mitgliedern der Kommission Sicherheit zu garantieren, und ich habe auch das Vertrauen, dass alles unternommen wird, dies auch zu tun. Zudem haben wir unsere eigenen Sicherheitsmassnahmen. Das Thema Sicherheit ist für uns etwas Alltägliches. Viel wichtiger ist für mich, dass wir in Sachen Untersuchungen voll und ganz auf unsere guatemalteckischen Partnerinstitutionen zählen können.

Frage: Und die Sicherheit der ZeugInnen?

C.C.: Straflosigkeit gibt es, weil es keine guten Untersuchungen gibt. Schlechte Untersuchungen gibt es, weil die UntersuchungsbeamtInnen, die ZeugInnen, die ExpertInnen und alle sonstigen Involvierten Angst haben oder korrumpiert sind. Dies sind zwei fundamentale Tatsachen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Frage: Der CICIG stehen laut Vertrag dieselben Möglichkeiten und Dienstwege zur Verfügung, um Strafverfolgungen gegen klandestine Strukturen einzuleiten, die bisher gescheitert sind.

Was ist denn der Mehrwert einer CICIG? Wie wollen Sie Strafverfolgungen grösseren Kalibers erfolgreich durchführen?

C.C.: Die CICIG ist ein technisches, im höchsten Mass professionelles Organ, das weltweit die besten ExpertInnen der Materie heranzieht. Insofern haben wir schon die Hoffnung, signifikante Veränderungen bewirken zu können. Es muss ein Rahmen geschaffen werden, in dem das Gesetz zur Anwendung kommen kann. Gleichzeitig müssen wir mit den UntersuchungsbeamtInnen und den RichterInnen auf eine Weise zusammenarbeiten, dass sie an konkreten Beispielen lernen können. Wir müssen mit ihnen Präzedenzfälle durcharbeiten, die nicht nur auf theoretischer, sondern auch auf praktischer Ebene nachvollziehbar sind.

Frage: Welche Strategie verfolgt die CICIG in der Auswahl der Fälle?

C.C.: Wir müssen diejenigen Fälle auswählen, die in einem vernünftigen Zeitrahmen und realistischerweise eine Chance auf Erfolg haben. Unsere Priorität ist, uns im Land zu etablieren.

Frage: Können wir von der CICIG erwarten, dass sie eine Unterstützung der Staatsanwaltschaft ist, indem sie zusätzliches Beweismaterial liefert und die Muster aufzeigt, denen FunktionärInnen z.B. der Polizei, AnwältInnen und RichterInnen gehorchen?

C.C.: Unser Mandat konzentriert sich auf delinquente Gruppierungen, nennen wir sie illegale Körperschaften oder klandestine Systeme, die innerhalb der staatlichen Institutionen walten und in der Lage sind, für sich Straflosigkeit zu erreichen. Insofern ist das Studium dieser Gruppen, das Kennenlernen ihrer Hierarchien und ihres Funktionierens durchaus Teil unseres Mandats. Zweifellos müssen wir aber auch auf eine direkte Strafverfolgung hinarbeiten. Dazu hat man uns den Status einer Nebenklägerin gegeben.

Frage: Nebenklägerin im Fall eines "grossen Fisches"?

C.C.: Es geht nicht so sehr um die "grossen Fische", sondern um Fälle, mit denen tatsächlich etwas bewirkt und ein Paradigmenwechsel herbeigeführt werden kann.

Frage: Gibt es denn bei der Auswahl der Fälle ein Gleichgewicht zwischen den paradigmatischen Fällen und den nicht minder wichtigen, aber vielleicht auf nationaler Ebene nicht so ein-

drucksvollen Fällen?

C.C.: Es ist sicher schwierig, hier ein Gleichgewicht zu finden, aber wir sind uns bewusst, dass es etwas zwischen dem „Fall der Fälle“ und einem Bagatellfall sein muss. Es sollen Fälle sein, die in der öffentlichen Meinung Interesse wecken und die als Beispiel oder Referenzpunkt dienen. Gleichzeitig sollten die Fälle lösbar sein, damit wir uns nicht in endlosen Untersuchungen verlieren. Ansonsten würden wir am Schluss den Beweis liefern, dass die Straflosigkeit immer gewinnt und dass nicht einmal die internationale Gemeinschaft in der Lage ist, dem etwas entgegen zu setzen.

Frage: Wie wird Ihre Berichterstattung aussehen?

C.C.: Unsere öffentliche Berichterstattung kann jederzeit stattfinden. Sie wird eher genereller Art sein und nicht spezifische Fälle beinhalten. Die Berichterstattung soll vielmehr Teil einer Bewusstseinskampagne sein, mit der z.B. die Universitäten, die Medien oder Nichtregierungsorganisationen arbeiten können. Die Unterstützung der öffentlichen Meinung gibt uns auch ein Stück Sicherheit.

Frage: Wo braucht es Gesetzesänderungen oder veränderte administrative Abläufe, damit die Straflosigkeit ausgemerzt werden kann?

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

C.C.: Wir haben eine Umfrage gestartet bei unseren offiziellen Partnerinstitutionen, aber auch innerhalb der Zivilgesellschaft, damit sie uns als KennerInnen des Systems sagen, wo sie die Schwachpunkte sehen. Ich hoffe, dass es möglichst wenige wirkliche Systemfehler gibt, denn ich weiss, dass eine Gesetzesreform eine langwierige Angelegenheit sein kann, die wir uns als kurzfristig eingesetzte Institution eigentlich nicht leisten können. Unsere Idee ist, dass wir kurzfristig und mit den vorhandenen Werkzeugen arbeiten können und höchstens Vorschläge machen für notwendige längerfristige „chirurgische“ Eingriffe.

Frage: Ist es nicht etwas suspekt, dass Guatemala nicht über eine Staatspolitik in Sachen Verbrechensbekämpfung verfügt?

C.C.: Ich glaube, das ist ein Ausdruck der aktuellen Krise. Es ist unmöglich, in Momenten der Uneinigkeit eine gemeinsame und von allen akzeptierte Politik zu gestalten. Hier sehe ich wieder eine Chance für die CICIG, die über den internen und externen Spaltungen linker und rechter politischer Parteien steht. Wir können Probleme allgemeiner Natur angehen, die keine der bestehenden Parteien überhaupt auch nur ansprechen kann.

Frage: Wie ist die Akzeptanz der CICIG von den Institutionen, mit denen Sie zusammenarbeiten werden und bei der internationalen Gemeinschaft?

C.C.: Ich erfahre eine uneingeschränkte Akzeptanz seitens der internationalen Gemeinschaft und ich bin überzeugt, dass ihre Unterstützung nicht

nur finanzieller Art ist. Auch von der guatemaltekischen Gesellschaft bekomme ich mehrheitlich positive Reaktionen, die von uns Initiativen erwarten, denen sich die Bevölkerung anschliessen kann. Es geht uns ja darum, den Rechtsstaat zu stärken, die Demokratie als politisches System anzuerkennen. Viele Menschen glauben, dass die Tatsache, dass alle vier Jahre ein Präsident gewählt wird, der dann auch sein Amt antritt, bereits Demokratie sei. Das ist sicher eine Grundvoraussetzung, aber die Grundlage eines Rechtsstaates ist, dass das Recht auch angewendet wird, die Bevölkerung sich geschützt und von ihren Institutionen vertreten fühlt. In einem Land, in dem die Bevölkerung ihren Institutionen misstraut und sie deshalb meidet, kann man nicht von Demokratie sprechen.

Frage: Eine der Grundbedingungen, damit die Kommission erfolgreich arbeiten kann, ist Diskretion. Eines der grossen Übel in Guatemala ist jedoch, dass die Medien diesen Begriff nicht kennen und keinerlei Zurückhaltung üben. Welche Massnahmen wird die Kommission in dieser Beziehung treffen?

C.C.: Wir werden uns nicht gross hervortun, denn das Rezept für unseren Erfolg ist Diskretion. Andererseits gibt es natürlich das Recht auf Information. Wir werden also eine Gratwanderung machen müssen zwischen Veröffentlichungen und Verschweigen von Information. Dabei wird für uns immer der entsprechende Fall im Mittelpunkt stehen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch an die Verantwortung der Medien appellieren. Sie sollen darauf vertrauen, dass wenn ich einmal keine Information geben kann, dies im Interesse des Falles ist und nicht gegen sie. Wenn es etwas

zu sagen gibt, bin ich der erste, der ohne Hemmungen und falsche Rücksichtnahmen spricht.

Frage: Die Regierung hat 50 Mio. Quetzales (ca. 5,8 Mio. US-\$) im Budget 2008 für die CICIG bereitgestellt. Der Betrag erscheint im Budget des Innenministeriums. Wie wird dieses Geld ausgegeben?

C.C.: Es ist mir wichtig festzuhalten, dass die CICIG kein Geld von der guatemaltekischen Regierung erhält. 100 Prozent der Finanzierung stammt von externen Geldgebern, die einen Betrag in einen Fonds der UNO eingezahlt haben. Das Geld der guatemaltekischen Regierung fliesst vor allem in den Schutz des Personals und der Gebäude, die von der CICIG gemietet werden. Der Rest des staatlichen Geldes fliesst in die Stärkung jener Institutionen, mit denen die CICIG zusammenarbeitet.

Frage: Weshalb haben Sie diesen Job akzeptiert?

C.C.: Es gibt keinen speziellen Grund. Ich glaube, es ist die Fügung meines beruflichen Schicksals und anderer „Unfälle“. Ich war bereits 2003 bei der Ausarbeitung der Vorschläge für die CICIACS dabei und später bei der Definition der CICIG. Ausserdem hat mich beruflich schon immer die Kombination von Menschenrechten, Delinquenz und Korruption fasziniert, insofern war ich fast prädestiniert für diesen Posten. Es ist sicher kein einfacher Job, aber es ist eine Herausforderung für mich, einem Land in einer schwierigen Situation zu helfen. Einem Land, das darum kämpft, seine bürgerlichen und politischen Rechte einzufordern.

Auslieferung von Portillo bleibt Thema

Guatemala, 31. Jan. Der Höchste Gerichtshof von Mexiko lehnte nun einen Einspruch ab, den Ex-Präsident Alfonso Portillo Cabrera gegen das Auslieferungsabkommen zwischen Guatemala und Mexiko eingelegt hatte, mit dem Argument, es sei illegal, wenn, wie vorgesehen, der Aussenminister das Abkommen unterzeichnet und nicht der Präsident. Der zuständige Staatsanwalt in Guatemala wartet nun auf das Ergebnis einer neuerlichen Revision durch das Generalprokurat. Dieses weist bei gegebenem Anlass das Aussenministerium an, eine neue Vereinbarung erlassen, in der es die Verhaftung von Portillo zum Zweck der Auslieferung begründet beantragen soll. Portillos Verteidiger weist unterdessen darauf hin, dass das The-

ma der Auslieferung seines Mandanten sich wohl erst im Jahre 2010 entscheiden werde - der jetzige Rechtsentscheid habe keine Auswirkungen auf die legale Situation Portillos in Mexiko, er geniesse noch den Schutz von zwei laufenden Verfahrensrechtsentscheiden.

Gleich nach Amtsniederlage hatte Portillo im Februar 2004 Guatemala Richtung El Salvador verlassen und hatte sich schliesslich in Mexiko niedergelassen. Gegen ihn läuft in Guatemala ein Verfahren wegen Geldhinterziehung von 120 Mio. Quetzales, einem Teil von 960 Mio. Quetzales die während seiner Amtszeit aus dem Verteidigungsministerium verschwunden sind. Seit Oktober 2005, als einer der ersten Haftbefehle mit Auslieferungszweck autorisiert worden ist,

hat es schon einige Rechtsbeschlüsse in diesem Fall gegeben, die den Prozess ins Stocken geraten liessen. Die Regierung unter Alfonso Portillo gilt als eine äusserst korrupte - aber auch der Regierung von dem gerade ausgeschiedenen Oscar Berger werden bereits die ersten Korruptionsvorwürfe unterbreitet: Laut Colom stimmten die Daten und Informationen in Bezug auf die finanzielle Lage der Institutionen, die ihm bei der sonst als positiv bewerteten Transition übergeben worden sind, nicht mit der Realität überein. Im Kommunikationsministerium beispielsweise sei ein Defizit von 300 Mio. Quetzales verzeichnet worden, bei Durchsicht der Unterlagen stelle sich dieses Loch jedoch mit mehr als 2 Mrd. Quetzales als deutlich grösser dar.

Parteiensplitting

Guatemala, 03. Feb. Nach dem gleich nach einer Woche von der ehemaligen Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) bekannt wurde, dass diese sich angesichts der Verteilung der Leitungsposten der Kongresskommissionen in zwei Gruppierungen zerstritten haben, sorgten diese Jobs auch in anderen Parteien für Zwist. Die Mitglieder der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) beschwerten sich, dass es innerhalb der Partei völlig undemokratisch zugehe und die Parteileitung, angeführt von Efraín Ríos Montt alle wichtigen Posten an sich reisse. Die Leitung der insgesamt 45 Kommissionen wird gemäss den gewonnenen Wahlstimmen anzahlmässig unter den Parteien verteilt, die dann intern die Besetzung vornehmen. Die Kommissionsleitung bestimmt schliesslich die Mitglieder der Kommission, die sich je nach Interesse für die verschiedenen Arbeitsgruppen melden können.

Nach ersten Gerüchten wurde kurz darauf auch bekannt, dass es Streitigkeiten innerhalb der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) gebe, die laut ihrer Chefin Nineth Montenegro durchaus zur Abspaltung führen könnten. Anlass ist auch bei ihnen die Macht- und Repräsentationsverteilung, vornehmlich unter den vier Personen, die ein Abgeordnetemandat gewonnen haben.

Weitreichender sind die Gründe für den Unmut der Mitglieder der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE). Zwar ist Fraktionschef Mario Taracena Leiter der Finanzkommission, doch zum einen werden die weiteren UNE-geleiteten Kommissionen als weniger relevant innerhalb der Regierungsgeschehens betrachtet und ausserdem seien diese dann noch von Leuten besetzt worden, die Taracena nahestehen. In den ersten Wochen gab auch der Präsident und Parteichef Álvaro Colom den UNE-Abgeordneten Anlass zur Verärgerung. Zuerst ernannte er kurzfristig Salvador Gándara zum Sekretär für die Exekutive Präsidialkoordination, obwohl dieser mit seiner Kandidatur den Bürgermeisterposten in der hauptstädtischen Vorstadt Mixco gewonnen hatte. Nun kündigte Colom einige Regeln an, die für die Abgeordneten der Partei gelten sollten - offenbar aber nicht für ihn selbst: Eine Anweisung lautet, dass sie von ihrem Parlamentssitz aus keinen Posten in der Regierung übernehmen dürften. Die meisten Ministerien sind ohnehin mit UNE-fremden Leuten besetzt worden.

Noch dazu werden die Abgeordneten keinen direkten Kontakt zu den Re-

gierungsfunktionärInnen pflegen, da dafür extra mit dem Interinstitutionellen Sekretariat und den Präsidentschaftspersonal eine Vermittlungsinstanz herzustellen, um zu vermeiden, so schlussfolgert ein UNE-Mitglied, "dass wir die MinisterInnen und SekretärInnen um Gefallen bitten, die noch nicht einmal von der UNE sind." Die Gemüter der Parteimitglieder erhitzen sich stetig, als Colom gar warnte, nicht erlauben zu werden, dass Familienangehöriger oder FreundInnen der FunktionärInnen und Abgeordneten eine Stelle in der Regierung zu bekommen. Er lasse sie - weder KongressistInnen noch Gruppen der Zivilgesellschaft - Einfluss nehmen auf die Ernennung der GouverneurInnen der Departements. Diese würden allein ob ihrer fachlichen Fähigkeiten ausgewählt. Eine solche Einschränkung ärgert die Abgeordneten, schliesslich seien auch sie in den Departements während ihrer Kampagne von Freiwilligen unterstützt worden, denen gegenüber sie sich zumindest mittels lokalen Arbeitsstellen erkenntlich zeigen wollten. Schliesslich verbittet der Präsident es sich noch, dass die Abgeordneten ihn auf öffentlichen Veranstaltungen wie Einweihungen von Bauwerken oder ähnlichem begleiten. Und, wem dieses nicht passen würde, könne die Partei verlassen, "die Tür ist gross genug".

Während Colom daran erinnert, angekündigt zu haben, dass sich mit seiner Amtsübernahme die Regeln ändern werden, beschwerten sich die UNE-Parteimitglieder, der Präsident überschreite seine Befugnisse.

Erst eine Woche vorher war mit dem

Regierungsabkommen 79-2008 der neue *Rat des sozialen Zusammenhaltes* (CCS) geschaffen worden, den Coloms Gattin, Sandra Torres Casanova leiten wird. Dieser Rat besteht aus dem *Wohlfahrtssekretariat der Präsidentengattin* (SOSEP), dem Sekretariat für Ernährungssicherung und den Ministerien für Bildung, für Gesundheit und für Energie und Minen. Dabei wird der Rat weder Programme durchführen noch Finanzmittel verwalten, sondern soll "Orientierung geben" für die sozialen Investitionen, um diese effizienter und produktiver zu gestalten und vor allem Dopplungen von Vorhaben zu vermeiden. Kritische Stimmen hingegen weisen darauf hin, dass Torres mit dieser Funktion der Finanzkanalisierung die Türen offen stünden, Verpflichtungen zu erfüllen, die Colom während seiner Kampagne eingegangen ist. Und neue politische Klientel lasse sich auf diese Weise auch gewinnen.

Mit ihrem neuen Posten sitzt Sandra Torres nicht nur im Kabinett ihres Ehemannes, sondern in gewisser Weise auch über den Rat konstituierenden Institutionen, sprich drei Ministerien. Derzeit hat dieser Rat noch temporären Charakter, jedoch ist vorgesehen, dass in der nächsten Zeit die nötigen ministerialen Beschlüsse gefasst werden, um dem "Sozialen Kohäsionsrat" zur Institutionalität zu verhelfen.

Und schliesslich kündigte Colom noch seine Schwägerin, Gloria Torres Casanova, als die Person an, die zukünftig vermitteln soll zwischen Exekutive und den 332 Bürgermeistereien im ganzen Land.

Börse und Nickelminen

Guatemala, 31. Jan. Noch während in Guatemala bekannt wird, dass die Diskriminierung und der Ausschluss von den ArbeiterInnen weitergeht, die mit der Organisation einer Gewerkschaft in der *Guatemalteckischen Nickelkompanie* (CGN) beschäftigt sind, was als eindeutige Unternehmensstrategie gegen die Arbeitsorganisation aufgefasst wird, steht das kanadische Mutterunternehmen der CGN, die *Skye Resources*, im eigenen Land vor einem Problem: Aufgrund der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten gelingt es ihr derzeit nicht, InvestorInnen für das Nickelabbauprojekt Fénix zu begeistern, das in El Estor, Izabal geplant ist - und von der lokalen Bevölkerung und Umweltorganisationen schon lange scharf kriti-

siert wird. Während Ian Ausin, Präsident von *Skye Resources*, bloss eine Verschiebung des Projektstarts ankündigt, "bis sich die Märkte wieder normalisieren", gibt es Gerüchte dieses Unternehmen würde Abstand von Fénix nehmen und es an eine andere Firma verkaufen.

Die Pläne von Fénix sehen vor, Nickelreserven in Höhe von 671 Tonnen abzubauen - damit stellt diese Nickelmine eine der zehn grössten auf der Welt dar.

Angesichts dieser bekannten Tatsache wird es für die GegnerInnen der Nickelaktivitäten schwierig sein, die durch die Verzögerung der Arbeiten gewonnen Zeit zu nutzen und die jetzt neuen Autoritäten doch noch von ihrem Standpunkt zu überzeugen.

Ansteigende Selbstmordraten und ein mysteriöser Tod

Guatemala, 29. Jan. Schon 2006 ging ein Aufschrei durch das Land, als die Medien innerhalb kurzer Zeit von zwei Selbstmorden berichteten: Eine 34jährige Mutter stürzte sich mit ihrer zweijährigen Tochter auf dem Arm von einer Brücke in der Hauptstadt in den Tod - dies wurde in Zusammenhang gestellt mit der Krankenhauskrise und der Bekanntgabe, dass das *Sozialversicherungsinstitut* (IGSS) selbst chronisch Kranken keine Medikamente mehr ausgeben konnte, die Frau hatte jedoch kein Geld, die Medizin selbst zu zahlen. Und dann wurde bekannt, dass sich ein älterer Herr erschossen hatte, als er erfuhr, dass er im Rahmen der Bankenkrise und des Crashes der *Banco de Comercio* all seine Kapitalanlagen an ein offshore-Unternehmen verloren hatte. Insgesamt wurden 2006 564 Fälle von Selbstmord registriert. Nun beunruhigen die Zahlen des vergangenen Jahres: 2007 nahmen sich laut offizieller Angaben 734 Personen das Leben, durchschnittlich zwei am Tag. Allein im Januar 2008 hat die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) 33 Selbstmorde registriert. Die meisten Opfer sind Jugendliche.

Bei einer Bevölkerungsanzahl von ca. 7,55 Mio. nehmen sich in der Schweiz jährlich zwischen 1.300 und 1.400 Personen das Leben, in Deutschland sind es bei einer Bevölkerung von ca. 82.4 Mio. 11.000 bis 12.000 Personen.

Der Direktor der *Nationalen Liga für Seelische Hygiene*, Marco Antonio Garavito (siehe ¡Fijátes! 372 und 373), bezeichnete den Selbstmord als maximaler Ausdruck der Menschen für das Fehlen seelischer Gesundheit. Gleichzeitig wies er daraufhin, dass die Dunkelziffer völlig uneinschätzbar ist: "Niemand in Guatemala nimmt sich dem Problem an. Zum Beispiel wenn eine Person nach einem versuchten Selbstmord ins Krankenhaus kommt, wird sie von den ÄrztInnen nur medizinisch behandelt, aber weder eine Psychiaterin noch ein Psychologe werden dazu bestellt. Und im Leichenschauhaus herrscht eine ähnliche Ignoranz: Der Pathologe, der die Autopsie bei einem Selbstmordopfer durchführt, lässt einfach das Feld mit der Todesursache offen, wo spezifiziert werden könnte, wie die Person ums Leben gekommen ist. Deswegen gibt es überhaupt keine zuverlässigen Statistiken. Und das trägt dazu bei, dass die Schwere des Problems in der Gesellschaft nicht gesehen wird." In Guatemala sind die häufigsten Selbstmordmethoden Erschiessen, Erhängen und der Sturz in die Tiefe.

Die ehemalige Direktorin des Na-

tionalen Plans für seelische Gesundheit, Irma Pérez Alvarado, hat die Erfahrung gemacht, dass in der Gesellschaft das Thema seelische Gesundheit in Verbindung gebracht wird mit Verrücktsein. Dementsprechend wird geglaubt, dass es nur für "Betroffene" relevant ist. "Es gibt hier viele seelisch Kranke", so Pérez Alvarado, "aber da sie keine körperlichen Anzeichen zeigen, unternimmt niemand etwas."

In den letzten Tagen war die Rede von einem Selbstmord im Zusammenhang mit dem Tod des 55jährigen Kolumnisten Hugo Alfredo Arce Barillas, dessen kritische und kontroverse Beiträge in diversen Tageszeitungen und in letzter Zeit in der Zeitschrift *¿Y Qué?* erschienen sind. Er wurde in einem Hotelzimmer in der Hauptstadt mit einem Schuss ins Herz und einem daneben liegenden Revolver gefunden, als seine Frau ihn aufsuchte, um ihm Tabletten zu bringen, die er zu Hause liegen gelassen hatte. Arce wollte sich an dem Vormittag mit einigen Abgeordneten in dem Hotel treffen. Wenige Tage vorher erzählte er einem Kollegen, dass er plane einen Artikel mit dem Titel "Ich werde mir einen Schuss ins Herz geben" im Internet zu veröffentlichen, denn das System sei es nicht mehr wert und man habe ihn in seinem Kampf allein gelassen. Dieser Artikel wurde von den Medien gleich als Abschiedsbrief bewertet. Gleichzeitig berichtet die Kolumnistin Karen Fischer, ehemalige Staatsanwältin für Korruption, die sich als enge Freundin von Arce bezeichnet, noch am Abend vorher mit diesem über sein neues Buch *¿Y Maura?* gesprochen zu haben, das Ende Januar herauskommen sollte. Dabei habe er keineswegs einen depressiven Eindruck gemacht.

Polizei und Staatsanwaltschaft, die zusammen mit den HotelrepräsentantInnen ein völliges Stillschweigen übten und bis zur Verkündung der offiziellen Version der Presse keinen Zugang ins Haus gewährten, gehen aufgrund von Videoaufnahmen des Hotels, auf denen Arce allein gewesen sein soll, und ZeugInnenaussagen von einem Selbstmord aus. Arce nahestehende Personen sowie die *JournalistInnenvereinigung von Guatemala* (APG) und die internationale Organisation *Reporter ohne Grenzen* schliessen ein Fremdverschulden jedoch nicht aus und fordern eine gründliche Untersuchung. Seit 2003 und bis zuletzt hatte Arce scharfe Kritik an der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) und deren ProtagonistInnen geübt. In Folge dessen hatte die Ehefrau des neugewählten Präsidenten Alvaro

Colom, Sandra Torres, Ende Dezember Anzeige gegen Arce wegen Beleidigung und Verleumdung eingereicht. Die Verhandlung sollte in den nächsten Tagen beginnen. 2007 war ihm von der Zeitung *La Hora* nach einer verbalen Auseinandersetzung mit der Abgeordneten der Patriotischen Partei, Roxana Baldetti gekündigt worden.

Auffällig ist, dass nach den ersten Nachrichten in den wenigen Tagen nach Arces Tod die Berichterstattung mit der Kolumne von Karen Fischer ganz plötzlich aufhört. Am gleichen Tag kursierte im Internet eine E-Mail mit dem Absender "Hugo Arce" und dem Betreff: "¡YO ACUSO A MIS VICTIMARIOS! - Ich klage meine Mörder an!" Unterzeichnet von "FreundInnen von Hugo und seines Andenkens", wurde diese Nachricht wohl gemäss des Wunsches von Arce im Fall seines plötzlichen Ablebens verschickt und beinhaltet acht Dokumente im Anhang - laut E-Mail zum Teil von Arce selbst vorbereitet. Neben der Kopie von Zeitungsausschnitten über seinen Tod, sind dies die Texte von Arce über Sandra Torres und andere UNE-Leute, inklusive Colom persönlich, und schliesslich über die Tageszeitung *Prensa Libre*, die Arce ebenfalls ins Visier seiner Kritik genommen hatte.

Die Apotheken der Menchú

Guatemala, 10. Jan. Bislang wurden sie von der der Friedensnobelpreisträgerin geleitet und mit ihrem Image Guatemala weit lanciert: die "Ähnlichen Apotheken". Diese brachten ihr auch den Ruf der "Unternehmerin" ein, der sie noch weiter von den Gruppen der Basis und der Zivilgesellschaft entfernt hatte. Jetzt kündigte der mexikanische Unternehmer Víctor Gonzáles Torres, Präsident der "Farmacias Similares" - eine Kette von Apotheken, in denen zu äusserst günstigen Preisen Medikamente und vor allem Generika verkauft werden, an, dass Menchú aus der Direktion aussteigen werde. Bedingt sei dieser Wechsel dadurch, dass sein Unternehmen seinen Kapitalanteil an der Eigentümerin des Franchise-Unternehmens "Farmacias Similares" in Guatemala erhöht habe. Dies sei Plan eines "aggressiven Plans zur Neupositionierung der Marke", so González.

Menchú und die anderen AktionärInnen behalten noch eine "symbolische Beteiligung". Und schon sind die Apotheken umbenannt in "Apotheken des Dr. Simi", der Symbolfigur der Läden.

¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Listen von Bedürfnissen

Schon ist die Weihnachtszeit, vollbeladen mit Emotionen und Lärm wie jene *camionetas* vom Busbahnhof, vorbei und hinterlässt nur schwarzen Rauch und Nostalgie. Es ist zwar erst ein Monat vergangen seit Weihnachten, aber schon liegt es bereits weit entfernt. Doch etwas geht weiter, etwas, das mit unserem Leben zu tun hat, das uns aufgedrängt wird, das wir uns aufzwingen lassen. In den Weihnachtstagen von heute, die unter der Kontrolle der Marketing-HexenmeisterInnen stehen, sehen wir uns mitgerissen in einem Karneval von eingeredeten Wünschen, die zufriedenen zu stellen sind. Wunschlisten werden erstellt, empfunden als Bedürfnisse, um sie dem Weihnachtsmann zu schicken. Es sind die Wünsche, die die Firmen wollen, dass wir sie wünschen.

Álvaro Colóm erscheint hier und dort als Weihnachtsmann, geschickt von seinen obersten Wichteln, die auch Marketing-SpezialistInnen sind, und bitet die Armen in Guatemala um ihre Bedürfnislisten. "Ab sofort haben die Armen das Privileg", hat er gesagt. Er sprach von dem Wunder, das uns in diesem Zauberland geschehen ist: Der Triumph seines politischen Vorschlages, den er "Sozialdemokratie mit Maya-Gesicht" genannt hat. Sein erster Ausflug ins Landesinnere ging drei Tage nach Amtsübernahme in den Ixcán, Quiché. Dort wollte er das *Programm der Ländlichen Entwicklung* einweihen, das laut der Tageszeitung *Prensa Libre* vom 18. Januar 2008 mit der Befragung der 42 ärmsten Gemeinden nach ihren Bedürfnissen startete.

Nur ist das Angebotspaket des Präsidenten bereits vor dieser Bedürfnisklärung geschnürt: Er will die Abdeckung in den Bereichen Bildung und Gesundheit erweitern und den Bau der Verbindungsstrasse Transversal del Norte beschleunigen - ohne dabei jedoch zu erwähnen, dass dieser Fernweg mehr als die lokale Bevölkerung die Erdölunternehmen interessiert, die sich 99% von dem, was unser ist, mitnehmen. Er sagte weder ein Wort zu dem Staudamm von Xalalá, dem sich 170 Gemeinden widersetzen, noch zu der souveränen Ausübung der Demokratie, den die Volksbefragungen darstellen. Die "Sozialdemokratie mit Maya-Gesicht" hat ein Herz,

das nach dem Rhythmus des Plan Puebla Panama schlägt.

Entsprechend antwortete ein US-amerikanischer Handelsbeauftragter auf die Frage eines Journalisten, wonach denn diese Sozialdemokratie klinge, die Colóm gebetsmühlenartig wiederholt: "Uns interessiert ausschliesslich der freie Markt" - der ihre, wohlgemerkt. Der Rest sind Worte (in seinem Präsidentschaftsdiskurs postierte er uns alle "in die Nähe Gottes!"), Trachtenkleidung, Weihrauch, bunte Kerzen, Marimbas im Ensemble, ehrwürdige Mayas und... mit den Fingern gegessener Atol.

Ich weiss, dass in diese Regierung, wie in die kürzlich abgetretene, Kameraden und Kameradinnen eingestiegen sind, die aus der revolutionären Bewegung kommen. Ich weiss auch, dass es nicht richtig ist, Verallgemeinerungen zu äussern. Es sind nicht alle gleich: die einen lassen sich kaufen um zu sehen, was sie herausbekommen und andere nehmen die Herausforderung an, um zu sehen, was sie verändern können. Aber es ist nicht in Abrede zu stellen, dass das Szenarium, das wir vor uns haben, nicht zu verstehen ist ohne die Personen, die es hinter den Kulissen in Bewegung halten: UnternehmerInnen des Bergbaus, UnternehmerInnen der Pharmaindustrie, Industrielle, Financiers, AgrarexporteurInnen, Paten verschiedener Coleur, straflose Völkermörder..., und dann noch die Geier der multinationalen Firmen und der Staaten des Nordens.

Mit diesen hat Colóm eine Stunde nachdem er uns, dem Pöbel, unsere Tasse mit Atol de Elote geschenkt hat (J.M. Chacón in www.albedrio.org am 17. Januar 2008), mit Champagner angestossen. Wie Souffleure achten sie darauf, dass die Worte und das Schweigen des Präsidenten am richtigen Ort platziert sind.

In dem korrekten Schweigen verbleibt derweil die Erinnerung der Maya, die Justiz gegen Völkermörder, Mafiosi und Frauenmörder, die Agrarreform, das Minengesetz, das Wassergesetz, der aussaugende Freihandelsvertrag TLC, das Gesetz des Intellektuellen Eigentums mit seinem Verbot für generische Produkte, die Privatisierung des Wassers

und der Dienstleistungen, die Geschäfte der grossen Wasserkraftwerke, die Geschäfte der Produktion von Biotreibstoffen anstelle von Nahrungsmitteln, der fehlende Respekt von Arbeitsrechten, die Legitimität der Volksbefragungen, die Steuern der Reichen und, und, und. Es bleibt fast nichts.

Die *Allianz der Indigenen und BäuerInnen-Gemeinden des Nordens* reagieren auf den ironischen Besuch von Colóm im Ixcán mit folgenden Fragen: "Warum haben Sie den Ixcán ausgewählt, um Ihren Plan bekannt zu geben? Was steckt hinter dieser Wahl? Was sollen diese Angebote ausgerechnet hier statt an Orten, wo der Hunger viel schrecklicher grassiert? Sollen diese Angebote etwa nichts mit dem Vorhaben des Wasserkraftwerks von Xalalá zu tun haben? Und die Warnungen, die Sie abgegeben haben: Soll damit möglicherweise erreicht werden, dass die lokalen Initiativen geschwächt werden und wieder mit einem Paternalismus-Tanz begonnen werden kann?... Unsere Armut wird nicht dadurch gelindert, dass Listen von Bedürfnissen angelegt werden. Unsere Armut wird dann gelindert, wenn es in Guatemala soziale Gerechtigkeit, Beteiligung, Einschluss und fachliche Unterstützung auf dem Land gibt, wirklich, Don Alvarito."

Das Wortpaar "Bedürfnisse - Paternalismus" ist in Guatemala traurigerweise mehr als bekannt. Es ist nicht fern vom Rassismus und Genozid. Die ZivilisationsbringerInnen der liberalen Epoche haben es schon gesagt: "Wir schaffen Bedürfnisse unter den Indios, um sie zu zivilisieren." Und sie haben sie in Viehwagen zu ihren Kaffeefincas gekarrt. Einhundert Jahre später haben die Völkermörder des letzten Krieges festgestellt, dass die "Indios" sich von den Aufständischen "hereinlegen" liessen, denn diese nahmen sich ihrer Bedürfnisse an. Also erfanden die Kriegsherren die Strategie der verbrannten Erde, während sie Gewehre und Frijoles verteilten.

Doch das Volk soll allein sich selbst untergeben sein: seine Bedürfnisse identifizieren und über die Heilmittel entscheiden. Dass bloss niemand komme mit arrangierten Vorschlägen, um nach Bedürfnislisten zu fragen.